

WIEDERAUFBAU DES SCHULWESENS IN DER STADT UND IM LANDKREISE GIESSEN - 1945 bis 1950

von Adam Scheurer

Als am 28. März 1945 amerikanische Truppen in Gießen einrückten, blutete die Stadt aus tausend Wunden, die ihr der Krieg beigebracht hatte. Den Luftangriffen, insbesondere der schrecklichen Bombennacht vom 6. zum 7. Dezember 1944, ist der Stadtkern nahezu völlig zum Opfer gefallen. Aber auch die Außenbezirke waren schwer angeschlagen. Das öffentliche Leben stand still. Von Anfang März 1944 bis Ende März 1945 mußte die Stadt Gießen 28 Luftangriffe erdulden, bei denen über 900 Menschen ums Leben kamen.

Es war wirklich ein trostloses Bild, das speziell die Schulen der Stadt Gießen und vieler Gemeinden des Kreises Gießen 1945 boten. In der Stadt Gießen, die zu etwa 70 % zerstört worden war, waren die meisten Schulgebäude ganz zerstört, einige wenige konnten nach der Beseitigung von Dachschäden oder durch Reparaturen an Türen und Fenstern benutzt werden, sofern sie nicht von der Besatzungsmacht oder Flüchtlingen belegt worden waren. Noch vorhandene Einrichtungen der Schulen wurden sehr oft gestohlen oder gar sinnlos vernichtet. Selbst Fußböden wurden als Brennmaterial herausgerissen.

Die Schulgebäude der Landgemeinden wurden zum Teil ebenfalls von Besatzungstruppen beschlagnahmt, z. T. wurden sie auch für Flüchtlinge benötigt. Noch Anfang Februar 1946 waren im Landkreise Gießen 7 Schulhäuser mit Truppen, 7 mit Flüchtlingen und 1 Schulhaus mit einer Klinik belegt.

Am 17. April 1945 wurde Dr. Karl Dönges von der Besatzungsmacht, den Amerikanern, als Oberbürgermeister der Stadt Gießen eingesetzt. Die Beigeordneten Bayerlein und Gordan wurden seine nächsten Mitarbeiter. Aus den Vertretern der von der Besatzungsmacht zugelassenen politischen Parteien bildete sich ein Bürgerausschuß, der der Stadtverwaltung beratend zur Seite stand.

Am 30. April 1945 wurde ich zu einer Sitzung zur amerikanischen Militärregierung in Gießen beordert. Ihr Sitz war in dem Rinn'schen Hause in der Wilhelmstraße 20. In dieser Sitzung waren anwesend: Cpt. Chapin, der das Erziehungswesen zu überwachen hatte, Prof. Fischer als Vertreter der Universität Gießen, Dr. Glöckner vom Humanistischen Gymnasium, Studienrat Krauß von der Liebigsschule und ich für die Volks- und Berufsschulen der Stadt und des Kreises Gießen. - Persönlich darf ich an dieser Stelle bemerken, daß ich von der nationalsozialistischen Regierung aus dem Staatsdienst entlassen worden war, daß ich als Ausgebombter allein in einem Zimmer hauste, da meine Frau, die nach den Nürnberger Gesetzen Jüdin war, von der Gestapo deportiert worden war. Ich wußte nicht, wohin sie gekommen war, und ich wußte auch nicht, ob sie noch am Leben oder schon vergast war. - In der Sitzung bei der amerikanischen Militärregierung teilte uns der Erziehungsoffizier, Cpt. Chapin, mit, daß er statistisches Material über das Schulwesen der Stadt und des Landkreises Gießen schriftlich vorgelegt haben wolle. Ich wurde beauftragt, genau festzustellen, wieviel Schulraum zerstört worden sei, wieviel brauchbare Räume noch vorhanden seien, wieviel

Lehrpersonen zur Verfügung ständen, wieviel schulpflichtige Kinder vorhanden seien u. ä. Die gleichen Fragen sollte ich für die 84 Gemeinden des Landkreises Gießen beantworten.

Mit einem besonders ausgestellten schriftlichen Ausweis der Militärregierung konnte ich mich in der Stadt und im Landkreise Gießen frei bewegen und von den Bürgermeistern, sofern welche vorhanden waren, die geforderten Auskünfte erhalten. Das gesamte Material, das die Amerikaner gefordert hatten, hatte ich erstaunlicherweise in verhältnismäßig kurzer Zeit zusammengetragen und konnte es Cpt. Chapin vorlegen. Am 19. Mai 1945 ernannte mich die Militärregierung zum "Superintendent of Schools" für die Stadt und den Landkreis Gießen, d. h. ich war zuständig und auch verantwortlich für alle Schulangelegenheiten der Stadt und des Landkreises Gießen.

Natürlich waren und blieben zunächst noch sämtliche Schulen geschlossen. Viele Lehrpersonen arbeiteten als Hilfskräfte auf städtischen Ämtern oder bei den Bürgermeistern, viele waren noch in Gefangenschaft oder galten als vermißt. Für mich gab es keine übergeordnete Dienststelle, das Schulamt war autonom. Ich sah vor allem meine Aufgabe darin, dafür zu sorgen, daß möglichst bald die Schulen wiedereröffnet werden können.

So ließ ich durch öffentliche Aufrufe und unter Mithilfe einiger Lehrer die Zahl der schulpflichtigen Kinder feststellen. Das Bauamt war bemüht, Schulräume zu sichern und durch kleinere Baumaßnahmen wieder verwendungsfähig zu machen.

Die letzte und größte Schwierigkeit war die Überprüfung derjenigen Lehrpersonen, die in der Zeit des Nationalsozialismus sich besonders engagiert hatten. So erhielten alle Lehrpersonen Fragebogen ausgehändigt, um der Militärregierung ihre Zugehörigkeit zur NSDAP und ihrer Gliederungen kundzutun. Im ganzen waren 131 Fragen zu beantworten. Sie betrafen persönliche Angaben, den Bildungsweg, den Berufsweg, den Dienst bei der Wehrmacht, die Mitgliedschaften in 54 NS-Organisationen, alle Veröffentlichungen und Reden, Einkommen und Vermögen, Reisen ins Ausland u. ä. Auslassungen sowie falsche oder unvollständige Angaben stellten ein Vergehen gegen die Verordnungen der Militärregierung dar und wurden dementsprechend geahndet.

Am 2. Juni 1945 wurde Dr. Wagenbach als Landrat des Kreises Gießen in sein Amt eingeführt. Damit konnte ich durch ihn und über ihn Auskünfte über die Zustände, das Schulwesen betreffend, im Landkreise Gießen erhalten.

Am 14. Juni 1945 hatte ich die erste Besprechung mit dem Präsidenten der inzwischen gebildeten "Deutschen Regierung des Landes Hessen", Prof. Dr. Bergsträßer, bei der sämtliche Schulfragen der Stadt und des Landkreises Gießen besprochen worden sind. Diese erste "Deutsche Regierung des Landes Hessen" war natürlich noch nicht souverän und konnte mir weder Weisungen geben noch Hilfe zusagen. Alle meine Maßnahmen mußten durch die Dienststellen der Militärregierung bestätigt werden. Aber ich konnte doch immerhin einen Anfang für die Neuordnung unseres Schulwesens in Gießen und im Landkreise Gießen machen. Bekanntlich wurde erst am 16. Oktober 1945 im Landeshaus in Wiesbaden in einer feierlichen Sitzung Prof. Dr. Karl Geiler durch Oberst Newman, Direktor der Amerikanischen Militärregierung, als erster Ministerpräsident des Landes berufen. Noch am gleichen Tage wurde als Landesregierung ein "Groß-Hessisches Staatsministerium" gebildet. Es war für Hessen ein

historisches Ereignis, denn dieser 16. Oktober 1945 war gewissermaßen der Gründungstag des neuen Landes Hessen.

Nach der Umbildung des Kabinetts Geiler am 1. November 1945 war Franz Böhm der erste Kultusminister in Hessen; nach seinem Ausscheiden am 16. Februar 1946 übernahm am 19. April 1946 Franz Schramm das Kultusministerium. Im Kabinett Stock vom 6.1.47 bis 9.1.51., auch nach der Umbildung am 1.11.49., war Erwin Stein hessischer Kultusminister; er hieß zuerst Minister für Kultus und Unterricht, ab 1.11.49 Minister für Erziehung und Volksbildung. Die Verfassung des Landes Hessen, beschlossen von der Verfassungsberatenden Landesversammlung in Wiesbaden am 29. Oktober 1946 und angenommen durch Volksentscheid am 1. Dezember 1946 legt im Artikel 56 fest: "Das Schulwesen ist Sache des Staates". Im Grundgesetz für die Bundesrepublik Deutschland vom 23. Mai 1949 heißt es in Artikel 7: "Das gesamte Schulwesen steht unter der Aufsicht des Staates".

Da alle Schulleiter der Volks- und Berufsschulen in Gießen mit einer einzigen Ausnahme Parteimitglieder gewesen sind, wurden sie suspendiert und sofort kommissarische Schulleiter bestellt. Allerdings erfolgte die erste endgültige Ernennung eines Rektors durch die Regierung über 2 Jahre später, im Oktober 1947.

Am 17. Juli 1945 hatten sich auf der Dreierkonferenz in Berlin der Präsident der Vereinigten Staaten von Amerika, Harry S. Truman, der Vorsitzende des Rates der Volkskommissare der Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken, Generalissimus Stalin und der Premierminister von Großbritannien Winston S. Churchill getroffen. In ihrer Begleitung waren die Außenminister der drei Regierungen, James F. Byrnes, Molotow und Anthony Eden. Die Zusammenkunft fand auf dem Cäcilienhof bei Potsdam statt und dauerte bis zum 2. August 1945. In den Vereinbarungen heißt es u. a. wörtlich: "Die deutsche Erziehung soll so überwacht werden, daß nazistische und militaristische Lehren ausgemerzt und die Entwicklung demokratischer Ideen möglich gemacht werden". Es war selbstverständlich, dem Ausmaße der Verirrung mußte das Werk der Erneuerung entsprechen; ein Wandel in den Gesinnungen war erforderlich. Eine solche Metanoia ist schon für den einzelnen, geschweige denn für ein ganzes Volk eine schwere Aufgabe. Aber es war der Segen des Unglücks, daß es die Gewissensforschung in die Tiefe trieb - das kann man heute sagen. Und bei dieser notwendigen Arbeit mußte vor allem das neu zu errichtende Schulwesen seinen Beitrag leisten.

Die nicht vorbelasteten Lehrpersonen aller Schularten wurden deshalb in einem Lehrgang von 6 vollen Tagen vom 20. bis 25. August 1945 für ihre neuen Aufgaben in den Schulen vorbereitet. Vor ca. 150 Lehrpersonen hielten an diesen 6 Tagen Referate: Min. Rat Hoffmann, Prof. Dornseif, Dr. Elzer, Schulrat Dr. Scheurer, Dr. König, Lehrer Frank, Prof. Dr. Bergsträßer, Pfarrer Guyot, Dr. Schüler, Dr. Stiefenhofer, Prof. Dr. Rüschkamp, Dr. Glöckner, Lehrer Immel, Dr. Rasp, Dr. Flörke, Prof. Dr. Hepding, Lehrer Beppler, Prof. Dr. Koch und Prof. Dr. Schüler. Mit der Freiheit und der personalen Würde des Menschen, als den wesentlichsten Problemen, mit denen sich die Dozenten dieses Lehrganges befaßt haben, waren, wenn sie bis ins Letzte ernst genommen werden, zahlreiche praktische Folgerungen gegeben, denen gerade für die Erneuerung des Schul- und Erziehungswesens, die uns aufgetragen war, die höchste Bedeutung zukommt.

Es ist schon so, wie Gustav Stresemann gesagt hat: "Der liebe Gott hat dem deutschen Volk viele prächtige Eigenschaften mit auf den Weg gegeben, seinen Fleiß, seine musische Veranlagung, seine Dichter- und Denkereigenschaften, aber bei der Verteilung des politischen Verstandes sind die Deutschen zu kurz gekommen". Aber die Schmerzen der Tage nach dem Zusammenbruch sollten nicht die Qual der Agonie sein, sondern die Wehen bedeuten, die eine Geburt begleiten. Auch diese Gedanken wurden in dem angesetzten Lehrgänge zur Diskussion gestellt. Bemerkte sei noch, daß es nur sehr viel Mühe kostete, in dieser Zeit eine solche Zahl geeigneter Dozenten zu finden, wie sie für den 6-tägigen Lehrgang notwendig gewesen sind.

Für die gesamten Volksschulen der Stadt Gießen wurden von der Militärregierung nach Prüfung der Fragebogen zunächst nur 32 Lehrpersonen zugelassen, für die Berufsschulen waren es nur 10; 166 Lehrpersonen der Stadt und des Landkreises Gießen wurden nicht zum Schuldienste zugelassen. Dies waren harte und folgenschwere Entscheidungen für die Betroffenen sowohl wie für die Wiedereröffnung der Schulen. Ich war gezwungen, Abiturienten als "Schulhelfer" zum Einsatz in den Schulen vorzubereiten. Und so habe ich weit über 100 solcher Schulhelfer zur Verwendung vorbereitet. Hier mein Urteil über diese Schulhelfer: sie waren lerneifrig, sie bemühten sich ernsthaft, um ihren Aufgaben gerecht werden zu können, sie waren zuverlässige Helfer in dieser Notzeit für die Schule.

Am 1. Oktober 1945 konnte endlich der Unterricht in den Schulen der Stadt Gießen wieder aufgenommen werden, ebenso in 37 Gemeinden des Kreises Gießen. Aus Anlaß dieser Wiedereröffnung fanden schlichte Feiern statt, für die höheren Schulen im Gloria-Palast, für die Volksschulen anschließend im Hofe der Goetheschule. Dabei waren anwesend: der Erziehungsoffizier der Militärregierung, Cpt. Brunner, der Oberbürgermeister der Stadt Gießen, Dr. Dönges, der Schulrat und Vertreter der Kirchen. Die Goetheschule war damals das einzige Schulgebäude für alle 2300 Kinder, die volksschulpflichtig waren. Für viele Kinder bedeutete dies, daß sie einen sehr weiten Schulweg zurücklegen mußten und daß sie nur 2 oder 3 Stunden Unterricht am Vormittag oder am Nachmittag hatten. Am 9. Dezember 1946 konnten erst 7 weitere Säle in der Schillerschule bezogen werden. Ab Ostern 1947 standen in der Pestalozzischule weitere 10 Schulsäle zur Verfügung. In den Vororten Klein-Linden und Wieseck waren die Schulräume intakt und auch das notwendige Mobiliar und Inventar noch vorhanden.

Am 1. November 1945 konnte ich in mein Tagebuch eintragen: Für das Gymnasium ist Dr. Glöckner zum Oberstudiendirektor ernannt worden, für das Realgymnasium Dr. König und für die Oberrealschule Dr. Flörke; alle drei Herren stellten sich bei mir vor.

Die Wiedereröffnung der Berufsschulen erfolgte am 8. Oktober 1945, allerdings in sehr primitiven Unterkünften, in denen nur ein Teil der Lehrlinge eingeschult werden konnte.

Außer der Raumnot erschwerte der Mangel an ausgebildeten Lehrern den Wiederaufbau des Schulwesens. An den Volksschulen der Stadt Gießen fehlten noch 31 Lehrer, an den Berufsschulen noch 18 Kräfte. Die Lehrer mußten 2 Klassen führen mit zusammen über 100 Kindern, und die Kinder selbst hatten noch keinen vollen Unterricht. Durch die Einstellung von Schulhelfern konnte allmählich der Unterrichtsbetrieb erweitert werden, d. h. die Stundenzahl für die einzelnen Klassen konnte erhöht werden.

Ein allgemeiner Mangel herrschte an Schreibmaterial sowie an Lehr- und Arbeitsmitteln. Für die Kinder der Unterstufe habe ich Lesebogen drucken lassen, da weder Fibeln noch Lesebücher vorhanden waren. Die oberen Jahrgänge erhielten in beschränktem Umfange Lesebücher, die im Auftrage des obersten Befehlshabers der Alliierten veröffentlicht worden waren.

Im Landkreis Gießen konnte am 1. Oktober 1945 nur in 37 von 84 Gemeinden der Unterricht aufgenommen werden, da dort der Lehrermangel noch größer war als in der Stadt. Hinzu kommt, daß die Schülerzahlen im Landkreis Gießen ganz enorm angestiegen waren. Nach Angaben von Landrat Dr. Wagenbach vom 10. November 1945 waren insgesamt 53000 Menschen als Evakuierte aus den Ostgebieten in den Landkreis Gießen gekommen, und das waren überwiegend Frauen und Kinder. Ich mußte also im Landkreis Gießen besonders viele Schulhelfer einsetzen, damit die Schulen wieder eröffnet werden konnten. Und das ist mir mit großer Mühe erstaunlich rasch gelungen. Als am 25. Februar 1946 Herr Welter als Schulrat für den Landkreis Gießen in sein Amt eingeführt worden ist, konnte ich ihm erfreulicherweise sagen, daß auch im Landkreis Gießen in allen 84 Gemeinden die Schulen eröffnet sind. Natürlich war der Unterrichtsablauf in den Landschulen noch nicht so, wie man es wünschte. Einige Schulgebäude waren teilweise noch mit Flüchtlingen belegt, was den Unterricht mitunter störte. Aber der verständnisvollen Fürsorge der Bürgermeister ist es gelungen, die Schulräume freizubekommen und sie auch in Ordnung zu bringen. Auch viele Lehrerwohnungen konnten ihrem eigentlichen Zweck wieder zugeführt werden.

Nicht minder düster als das Bild vieler Schulräume war das Bild der Schüler. Die immer zahlreicheren Luftangriffe auf Gießen hatten einen geregelten Unterricht monatelang unmöglich gemacht, zur Schließung von Schulen und zur Evakuierung von Schülern und Lehrern geführt. Nach ihrer Rückkehr zeigten sich die sozialen Nöte wie: ungenügende Ernährung und Bekleidung, schlechte Wohnverhältnisse, Schmutzkrankheiten, Tuberkulose u. ä. Zu meiner Orientierung habe ich Erhebungen machen lassen, um die Schüler nicht zu überfordern. So waren von 3749 eingeschulten Volksschulkindern in Gießen am 1. November 1946 noch 349 infolge der Kriegseignisse vaterlos. Hinzu kamen 293 Kinder, deren Väter noch in Gefangenschaft waren und 162 Kinder, deren Väter als vermißt galten. Insgesamt waren also 804 Kinder ohne Vater, das waren 21 % aller Kinder. Eine andere Erhebung, die ich am 17. Dezember 1945 gemacht habe, ergab, daß von allen schulpflichtigen Volksschulkindern 1052 dem Unterricht fernbleiben mußten, da sie erkrankt waren oder wegen Mangel an Schuhen oder mangelhafter Kleidung. Das Thermometer zeigte an diesem Tage 15° C unter Null. Ostern 1947 konnte ich 800 Berechtigungsmarken für die Besohlung von Kinderschuhen verteilen lassen, die mir auf Antrag vom Landesinnungsverband Hessen in Darmstadt zur Verfügung gestellt worden waren.

Im ganzen gesehen war es eine schwere Bürde an Arbeit und Verantwortung, die in diesen Jahren auf den Schultern der Lehrer ruhte: überfüllte Klassen, keine Bücher und Hefte, keine Lehr- und Anschauungsmittel, ungenügend geheizte Schulräume u. ä. Die Zahl der schulpflichtigen Kinder verringerte sich auch deshalb nicht, weil durch einen Erlaß des damaligen Großhessischen Staatsministeriums die Schulpflicht vorübergehend um 1 Jahr verlängert worden ist, weil ein geregelter Unterricht infolge der Kriegsverhältnisse nicht möglich war und dadurch die Kinder das Ziel der Volksschule nicht erreichen konnten.

Schon auf eine Anordnung der "Deutschen Regierung des Landes Hessen" hin (ab 8. 8. 1945 für Oberhessen zuständig) vom 25. Oktober 1945 wurde in den Volks- und Berufsschulen Staatsbürgerkunde als Pflichtunterrichtsfach eingeführt. Damit die Lehrpersonen aller Schularten diese neue Aufgabe erfüllen konnten, wurden ab Juni 1946 monatliche Lehrertagungen durchgeführt, deren Vorbereitung und Leitung mir ebenfalls übertragen war. Im Hinblick auf die verantwortungsvolle Aufgabe der Erziehung unserer Jugend, auf deren Schultern einmal die Ordnung in Staat und Gesellschaft ruhen wird, ist es nicht tragbar, daß die Jugenderziehung Menschen übertragen wird, die die demokratische und soziale Idee nicht restlos bejahen oder gar ablehnen. Diese "Gemeinschaftskunde", wie sie auf den monatlichen Lehrertagungen besprochen wurde, sollte mehr sein als reine Staatsbürgerkunde, sie wollte zu einem Menschentum erziehen, das erfüllt ist von dem Gedanken der Selbstverantwortung für die Gesamtheit des Volkes und der Menschheit.

Daß auch die Militärregierung an dieser politischen Erziehung in den Schulen interessiert war, ist begreiflich. So mußte ich am 15. März 1948 bei einem Diskussionsabend bei der Militärregierung in Gießen ein Referat über den Stand der politischen Erziehung in den Gießener Schulen halten. Ich konnte dabei darauf hinweisen, daß sich in Gießen bis zum März 1948 nicht weniger als 9 Lehrertagungen mit Fragen der politischen Erziehung beschäftigt hatten. Mit gutem Gewissen kann ich an dieser Stelle dokumentieren, daß in Gießen die leitenden Persönlichkeiten der amerikanischen Dienststellen für sich in Anspruch nehmen können, in weitgehendem Maße das getan zu haben, was zur Herbeiführung guter Beziehungen zwischen der Besatzungsmacht und der deutschen Bevölkerung geeignet war.

Als Schulrat der Stadt Gießen hatte ich auch die Aufsicht über alle Berufs-, Berufsfach- und Fachschulen. Diese Belastung war sehr groß, weil die Zahl der Schüler dieser Schularten in Gießen ungewöhnlich hoch ist. Den stärksten Besuch wies die Gewerbliche Berufsschule auf, an der über 1400 Schüler unterrichtet wurden und für die ich ein Gebäude der Volksschule zur Verfügung stellen mußte. Ebenso wurden sofort wiedereröffnet die Kaufmännische Berufsschule und die Mädchenberufsschule. Die Kaufmännische Berufsschule war in den Räumen des Hintergebäudes der Handels- und Gewerbebank untergebracht, die Mädchenberufsschule mußte sich mit den restlichen Räumen ihres Hauses in der Kirchstraße begnügen. Von den Berufsfach- und Fachschulen wurden in Gießen wiedereröffnet: die Städtische Handelslehranstalt mit einer Wirtschaftsoberschule, die Städtische Frauenarbeitsschule, das Polytechnikum mit über 400 Studierenden und die Vogt'sche Privat-Handelsschule. Alle diese Schulen wiesen einen überaus starken Besuch auf, litten aber ebenso wie die Volksschulen an Raumnot, Lehrermangel und Unterrichtsmaterial. An der Gewerblichen Berufsschule gab es 6 Klassen für das Baugewerbe, 28 Klassen für das Metallgewerbe, 8 Klassen für das Kunstgewerbe, 4 Klassen für das Nahrungsmittelgewerbe, 15 Klassen für das Textilgewerbe und 9 Klassen für das Holzgewerbe, daß sind zusammen 70 Klassen. An der Kaufmännischen Berufsschule entstanden insgesamt 34 Klassen nach Berufsgruppen gegliedert, an der Mädchenberufsschule 19 Klassen für verschiedene Frauenberufe, also zusammen 123 Berufsschulklassen in der Stadt Gießen. Die Aufsichtspflicht über die Berufsschulen war für mich eine enorme Belastung; sie bestand nicht für die Kollegen der Regierungsbezirke Wiesbaden und Kassel, da ihnen lediglich die Volks-, Real- und Sonderschulen unterstanden. Für Gießen war

noch das Gesetz, das Volksschulwesen im Volksstaat Hessen betr. vom 25. X. 1921 in Kraft, das erst 1953 ersetzt worden ist.

Nach einem Erlaß des Hessischen Kultusministeriums wurde mit Beginn des neuen Schuljahres 1946 englischer Sprachunterricht wahlfrei ab 5. Schuljahr in den Gießener Volksschulen eingeführt. Es waren genügend geeignete Lehrpersonen vorhanden. Was die Differenzierung betrifft, so strebte ich die Wiedereinführung der Klassen mit erweitertem Lehrziel mit einem 9. und 10. Schuljahre an, wie es das Hessische Volksschulgesetz vom 25. Oktober 1921 vorgesehen hat. Schon vor der Einführung der Realschule in Hessen durch Erlaß vom 14. November 1950 wurden ab Ostern 1949 Realschulklassen in Gießen eingerichtet, zuerst als Realschulzug an einer Schule und dann nach und nach an weiteren 5 Volksschulen.

Ebenso betrieb ich die Errichtung von Sonderschulklassen, die ja während der Zeit des Nationalsozialismus ein Aschenbrödel-dasein führten. Solche Klassen für Lernbehinderte gab es in Gießen nur noch 2, im Landkreis Gießen überhaupt keine. Da mir glücklicherweise vorgebildete Sonderschullehrer zur Verfügung standen, konnte ich nach und nach 20 Sonderschulklassen einrichten und sie einem Rektor unterstellen.

Zu dieser Differenzierung des Schulwesens wurde ich erst recht bestärkt durch meinen 12-wöchigen Aufenthalt zum Studium des amerikanischen Schulwesens vom 5. September bis 20. November 1948. Es war dies die erste Delegation deutscher Pädagogen, die nach 1945 in die USA eingeladen worden war. Unsere Studienreise, die von der National Education Association organisiert und von der Rockefeller Foundation finanziert wurde, gestattete uns eine große Fülle von Schulbesichtigungen und Konferenzen auf allen Ebenen der Schulverwaltung und mit vielen Einzelpersonlichkeiten. Wie Entdecker und Pioniere waren wir uns oft vorgekommen, die wir als erste Vertreter einer lange isolierten pädagogischen Provinz wieder vorgestoßen waren, sozusagen in Neuland. Im Gegensatz zu Deutschland, das über eine viele Jahrhunderte alte geschichtliche Entwicklung zurückblickt, sind die Vereinigten Staaten ein junges Land, in das seit fast drei Jahrhunderten immer neue Menschenmassen einströmten. Das Zusammenleben all dieser Menschen und das Zusammenwachsen zu einem Volks- und Staatsbewußtsein war nur möglich, wenn das Verbindende gegenüber dem volksmäßig Trennenden hervortrat, wenn man bereit war in wahrhafter Toleranz zusammenzuleben. Aus all dem kann die deutsche Schule für die Erziehung zu demokratischen Lebensformen bedeutungsvolle Anregungen aus dem amerikanischen Schulwesen gewinnen. Allgemein will ich festhalten: Wenn auch die vergleichende Pädagogik - comparative education - noch eine junge Wissenschaft ist, ihre Bedeutung erkennt man deutlich beim Besuch von Schuleinrichtungen im Ausland.

Im Juli 1946 begann in allen Volks- und Höheren Schulen der Stadt Gießen die Schulkinderspeisung. Die Kinder erhielten Erbsen- oder Gemüsesuppe, süße Milch mit Haferflocken oder eine Milchsuppe mit Einlauf. Es war vor allem die unter dem Namen "Cralog" zusammengefaßte Organisation, die sich der Schuljugend annahm. In Gießen wurden täglich 70 % aller Kinder gespeist. Die monatlich in den Schulen durchgeführten Wiegungen und Messungen ergaben ein recht erfreuliches Bild. Die Kinder statteten in Briefen und Aufsätzen den Spendern in Amerika, Irland und der Schweiz ihren Dank ab.

Als die Spruchkammern ihre Tätigkeit aufnahmen und im Anschluß daran die "Fünferausschüsse", an deren Sitzungen der Schulrat als maßgebendes Mitglied regelmäßig teilzunehmen hatte, weil er aus vorhandenen Personalakten Auskunft geben mußte, war seine Inanspruchnahme außerordentlich, ganz abgesehen von der seelischen Belastung, ging es doch immer um die Frage, ob eine Lehrperson zum Schuldienst zugelassen werden sollte oder nicht.

Im Februar 1947 trat im Landeshaus in Wiesbaden die Arbeitsgemeinschaft "Die Neue Schule" zusammen. Aus dieser Arbeitsgemeinschaft, die in freier Weise über die Probleme einer notwendigen Schulreform diskutierte, ging im November 1947 der "Landesschulbeirat" hervor. Ich wurde in beide Körperschaften berufen. An den Sitzungen nahmen auch Vertreter der Militärregierung teil, ebenso Vertreter der zugelassenen Parteien, der Kirchen und der Eltern. Die Arbeitsgemeinschaft "Die Neue Schule" hatte 15 Fachausschüsse gebildet, die am 21. und 22. Juli 1947 ihre Berichte vortrugen. Am Ende der Tagung im Landeshaus in Wiesbaden legte der damalige Kultusminister Dr. Erwin Stein seine Pläne zur Schulreform in Hessen vor.

Angeregt durch die Diskussionen in den Arbeitsgemeinschaften "Die Neue Schule" und den "Landesschulbeirat" und ausgehend von dem Gedanken, daß die Schule eine Einrichtung für die Kinder der Staatsbürger ist und daß der Erziehungsberechtigte mit den Erziehern seiner Kinder in Verbindung treten möchte, empfahl ich meinen Lehrern, die Eltern ihrer Schüler periodisch zusammenzurufen, um mit ihnen Angelegenheiten der Klasse, des Unterrichts und der gesamten Schule zu besprechen. Eltern sollten auch befähigt werden, in Anerkenntnis ihrer Rolle als pädagogische Laien durch Fragen, aber auch durch Vorschläge und praktische Unterstützung den Lehrern besseren Unterricht zu ermöglichen. So konstituierte sich am 1. Februar 1949 der Elternbeirat der Goetheschule in Gießen, die damals 1200 Schüler hatte. Der betreffende Erlaß des Kultusministers erschien kurz danach am 19.5.1949. Nicht uninteressant sind die Themen, die in den Aussprachen des Elternbeirates mit den Lehrern der Goetheschule behandelt worden sind. Da waren Fragen der Schulspeisung, sittliche Gefährdung der Schüler durch Kinobesuch, Verkehr älterer Mädchen mit Soldaten der Besatzungstruppe, Versorgung unbemittelter Kinder mit Schuhen und Bekleidung u. ä. Eben solche Schulelternbeiräte konstituierten sich an allen anderen Schulen. Festhalten möchte ich aber auch, daß in Gießen eine "Gesellschaft für Elternhaus und Schule" entstand, eine zwanglose Vereinigung, die sich folgende Aufgaben gesetzt hatte:

1. Ausgleich von Meinungsverschiedenheiten zwischen Eltern und Lehrern,
2. Aktivierung der Presse, des Rundfunks für aktuelle Fragen der Erziehung,
3. Erfassung und Interessierung der breiten Elternschaft für notwendige Fragen des Schulwesens,
4. Namhaftmachung von Persönlichkeiten der Erzieherschaft, der Eltern, der freien Jugenderziehung, der Geistlichkeit, der Ärzte und anderer Kreise, um in der Presse über aktuelle Fragen im volkstümlichen Sinne zu schreiben.

Berichten muß ich in diesem Zusammenhange noch, daß der "Gießener Anzeiger" seit September 1949 eine Beilage herausbrachte unter dem Titel "Leben und Lehren". In dieser Beilage kamen nicht nur Lehrpersonen, sondern auch Eltern zu Wort. In der ersten Nummer vom 8. September 1949 lauteten die Überschriften der Abhandlungen: "Zwischen Schule und Elternhaus", "Wie erziehst Du Dein Kind?", "Die neue Aufbauklasse der Volksschule", "Von der Unehrllichkeit in der Schule", "Geliebte und gehaßte Lehrer", "Der Bauer und seine Berufsschule", "Gehört Kasperle in die Schule?" und "Gespenster". Ich selbst sprach am 8. März 1950 über das Thema "Elternhaus und Schule" vor Regierungsvertretern, Dozenten und Studenten des Pädagogischen Institutes in Jugenheim. -

Mag auch noch so viel, was das gesamte Schulwesen betrifft, 1945 in Trümmer gelegen haben, vorhanden war der starke Wille zum Wiederaufbau und zum Neubau des Schulwesens. Ein neuer Bildungs- und Kulturwille war erwacht, bei Eltern wie Lehrern lebte das echte Verlangen nach einem inneren Aufbruch. Wenn die Erfolge zunächst noch nicht so sichtbar wurden, wie man das vielleicht gewünscht hat, so lag das einmal an der Fülle der Aufgaben und Probleme, vor die sich alle gestellt sahen, die damals an verantwortlichen Stellen die Weichen für eine Erneuerung unseres Schulwesens stellen mußten. Ferner gingen durch die Währungsreform vom 21. Juni 1948 viele materielle Voraussetzungen verloren. Die Stadt Gießen hat beispielsweise rund 7 Millionen RM aus Rücklagen und Barbeständen verloren, was einen Stillstand des Wiederaufbaues auch des Schulraumes zur Folge hatte. Krankte die Zeit vor der Währungsreform daran, daß der Mangel an Arbeitskräften und an Material den Einsatz der vorhandenen Geldbestände erschwerte, so waren nach der Währungsreform zwar Arbeitskräfte und Material in ausreichendem Maße vorhanden, aber das notwendige Geld fehlte. So konnte erst 1949 der systematische Wiederaufbau der Schulgebäude beginnen.

Beim Bau von Schulhäusern muß der Pädagoge dem Architekten die notwendigen Gedanken und Intentionen geben. Das Primäre ist das wirklich Pädagogische. Es ist nicht richtig, wenn sich die Architekten in den Schulgebäuden ihre Denkmäler bauen. Bei dem internationalen Pädagogenreffen, der "Conference on comparative education" vom 25. bis 30. April 1949 im historischen Rasthaus am Chiemsee, an dem ich als Delegationsmitglied aus Hessen neben Kultusminister Stein und den Ministerialräten Hoffmann und Dr. Kammer teilnahm, erstattete ich im Unterausschuß für Schulbauten ein Referat über "Schulhausneubau als Kernstück einer zielstrebigen Entwicklung zur Demokratisierung des Schullebens".

Nur ein Schulwesen, das nicht jedem alles, aber jedem seinen Weg anbietet, nur ein Schulwesen, das Leistungsforderung als fördernde Herausforderung versteht, konnte den Ansprüchen des Aufbaues des Schulwesens nach 1945 annähernd genügen. - Die Lehrer, so muß festgehalten werden, sahen die Wirklichkeiten, sie arbeiteten unverdrossen aus der Hoffnung, daß es im Letzten gut enden wird mit denen, die ihnen anvertraut waren. - Schließlich darf ich hinzufügen, daß ich als Schulaufsichtsbeamter gegenüber den mir unterstellten Lehrpersonen ebenso gern Nehmender wie Gebender gewesen bin. Jeder Lehrer muß sich ja selber einen persönlichen Arbeits- und Umgangsstil erarbeiten, er muß in seinem pädagogischen Gewissen innerlich frei bleiben. So strebte ich nicht eine neue herrschende Pädagogik an, wohl aber einen sich steigernden Consensus.

Schule kann eine Gesellschaft nicht direkt verändern. Aber sie kann Voraussetzungen für notwendige Veränderungen schaffen, und das war die große Aufgabe beim Wiederaufbau des Schulwesens nach 1945. Daß diese Aufgabe leicht war, wird kein Wissender behaupten wollen. Aber ob leicht oder schwer - es war einfach unsere Aufgabe!